BDA AGENDA
SOZIALPARTNER ARBEITGEBER

STANDPUNKT

VON STEFFEN KAMPETER

Das Gesundheitssystem wirkt zunehmend krank. Die Reaktion der Gesundheitspolitik darauf ist eine Mischung aus Hilflosigkeit und Arbeitsverweigerung – und das nicht erst in dieser Legislatur. Der neueste Akt in diesem Drama ist die Ankündigung des Bundesgesundheitsministers, es müsse höhere Beiträge in der gesetzlichen Krankenkasse geben – er verbindet das mit der vermeidlichen Beruhigungspille, es werde aber keine Leistungskürzungen geben.

Fakt ist aber: Deutschland hat eines der teuersten Gesundheitssysteme der Welt - aber leider bei Weitem nicht das leistungsfähigste. Da ist es zynisch, wenn der protokollarisch höchste Gesundheitspolitiker ankündigt, die Leistungen bleiben gleich unbefriedigend – es werde nur teurer.

Leider gilt der Befund nicht nur für die gesetzliche Krankenversicherung, sondern auch für die Pflegepflichtversicherung. Sie wurde mit dem aktuellen Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz (PUEG) ein weiteres Mal vor der Pleite gerettet. Nichts anderes drohte den gesetzlichen Pflegekassen. Auch hier setzt die Politik offenkundigen Populismus an die Stelle von notwendigen – auch ausgabebegrenzenden – Reformen. Auf der einen Seite gefällt sich die Regierung darin, die Kosten in der Pflege nach oben zu treiben, um dann auf der anderen Seite überrascht festzustellen, dass dies auch die Beiträge und Eigenbeteiligungen hochtreibt.

Eine Politik, die die Konsequenzen aus dem Blick lässt, handelt aber nicht nachhaltig, sondern verantwortungslos. Das dies nun zu einer Diskussion darüber führt, ob man die Pflegeversicherung nicht in eine Vollkaskopflege überführen sollte, zeigt, dass die Bekenntnisse zur Eigenverantwortung nur so lange gelten, wie man mit der Solidarisierung von privaten Risiken glaubt, Wahlen zu gewinnen.

Auch die freien Berufe haben die Nase voll von dieser „nur nichts ändern, nur teurer werden lassen"-Politik. Streikende Apotheker sind nur die sichtbaren Zeichen eines Frusts über die unablässige Steigerung von sinnloser Bürokratisierung im System. Fassungslos macht es auch die betrieblichen

Praktiker, für welche die Idee für die nach Kinderzahl zu differenzierende Beitragssysteme in der Pflege nun Gesetz wurde. Das ist analoger Murks mit der Perspektive auf eine digitale Lösung.

Wie begegnet man einem System, das immer teurer und keinesfalls besser wird? Man reformiert es! Und zwar auf der Ausgabenseite. Stattdessen wird versucht, dies zu verhindern mit dem auf Angst zielenden Argument, man wolle keine Leistungskürzungen – obwohl diese Forderung momentan von niemandem im politischen Raum erhoben wird.

Wir Arbeitgeber haben dazu Vorschläge gemacht, wie man die Wirtschaftlichkeitsreserven im System heben kann. Das Versorgungsmanagement kann reformiert und wettbewerbliche Strukturen im Sinne der Patienten und Beitragszahler geschaffen werden. Unnötige stationäre Behandlungen und die damit verbundenen Risiken für die Patientinnen und Patienten müssen vermieden und die Kapazitäten im ambulanten Bereich genutzt werden.

Vor allem müssen beim größten Ausgabenblock der Krankenversicherung – den Krankenhäusern – Kosten eingespart und die Versorgung verbessert werden. Die ursprünglich guten Vorschläge im Rahmen der Krankenhausreformüberlegungen dürfen im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens nicht verwässert werden. Eine vollständige Entökonomisierung ist der falsche Weg.

Die Eigenverantwortung der Versicherten müssen wir durch mehr Selbstbeteiligung und mehr Kostentransparenz ausweiten. Auch in der Pflegeversicherung ist dies notwendig. Hier müssen wir versuchen, eine mögliche Überforderung der Versicherten bei den Eigenanteilen an den Pflegekosten zu verhindern. Dies kann durch den Ausbau der privaten kapitalgedeckten Vorsorge gelingen. Außerdem müssen wir die Digitalisierung in allen Bereichen vorantreiben. Hier haben wir die Chance, Prozesse effizienter zu gestalten und auch die Versorgung im Gesundheitswesen zu verbessern. Diese Chance dürfen wir nicht vergeben!

Es grüßt Sie herzlich,

Ihr Steffen Kampeter
Hauptgeschäftsführer